

Die Mißstände in der Obst- und Kohlenversorgung.

Reichstags-Sitzung vom 9. Juli.

Am Ende des Bundesrats: v. Batocki, Dr. Helfferich.
Auf der Tagesordnung steht die Interpellation der Sozialdemokraten über die Verhältnisse auf dem Obst- und Gemüsemarkt, über die Kohlenversorgung sowie die Steigerung der Mietpreise. Sie lautet:

„Sind dem Reichstanzler die unerträglichen Verhältnisse auf dem Obst- und Gemüsemarkt und in der Kohlenversorgung bekannt? Ist dem Reichstanzler bekannt, daß Hausbesitzer-Organisationen beschloßen haben, zum Nachteil auch der wirtschaftlich schwachen Mieter, namentlich auch der Familien von Kriegsteilnehmern, Steigerungen der Mietverträge durchzusetzen? Was gedenkt der Reichstanzler gegen diese Mißstände zu tun?“

Staatssekretär Dr. Helfferich erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Abg. Hoch (Soz.) begründet sie: Von der Obst- und Gemüseernte bekommt die große Menge der Bevölkerung nichts. Dabei ist sie gerade auf Obst und Gemüse mehr denn je angewiesen, weil andere Lebensmittel verschwunden sind. Die Not ist so groß, daß man nicht länger warten darf. Was will die Regierung eigentlich tun? Wir lassen uns nicht mehr mit Versprechungen abspesen. Diese Zeit ist vorbei. Die Verteilung muß von Fachleuten vorgenommen werden. Es muß aber Vorkehrung getroffen werden, daß die Kaufleute dabei nicht Reichtum auf Reichtum häufen. Der ganze Regierungsapparat ist viel zu groß, schwerfällig, langsam und kostspielig. Die Fachleute darf man nicht wie Schulbuben herunterzanzeln, wenn sie anderer Meinung sind. Die Herren von der Regierung schweben nicht wie Götter über dem Ganzen. Alle Strafbestimmungen gegen Schleichhandel und Wucher müssen wirkungslos bleiben, weil es an einer sachverständigen Regelung fehlt. Der mit den Kartoffeln getriebene Schwindel ist ein unerhörter Skandal. Wenn in Striegau arme Frauen wegen Lebensmittel-Unruhen schwere Strafen erleiden mußten, so war die Ursache von allem doch nur die höchst mangelhafte Versorgung der dortigen Bevölkerung mit Wehl. (Präsident Dr. Raempf erhebt die Redner, beim Thema der Interpellation zu bleiben.) Wenn es sich nun in Striegau nicht um Wehl, sondern um Gemüse gehandelt hätte, dann wären doch dieselben traurigen Wirkungen eingetreten. (Präsident Dr. Raempf: Sie dürfen nicht auf Unwegen verfahren, meine Anordnungen zu durchkreuzen.) Der Redner geht dann auf die Kohlenversorgung ein. Hier rächt es sich, daß ein so wichtiges volkswirtschaftliches Gebiet in den Händen einiger Privatkapitalisten ist. Herr Rindorf stellt der Regierung das Ultimatum: „Entweder ihr macht ein Ende mit dem unangenehmen Hilfsdienstgesetz oder wir liefern keine Kohle mehr.“ Die Kohlengruben müssen endlich in den Besitz der Allgemeinheit gelangen.

Das Wetter und die Transportbeschwerden sind schuld.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Die Reichsleitung erkennt die schwierige Situation bei der Versorgung mit Obst und Gemüse gewiß nicht. Neben Mängeln der Verteilung und der Organisation ist die Hauptursache die große Dürre der letzten Wochen. Trotz der ganz außerordentlich starken Ausdehnung des Anbaus von Gemüse ist die Sommergemüseernte deshalb schwach ausgefallen.

Die Kohlenförderung ist während des Krieges, nach einem sehr heftigen Rückschlag gleich zu Kriegsausbruch wieder auf eine sehr ansehnliche Höhe gebracht worden, obwohl der Kohlenbergbau mit außerordentlichen Erschwernissen zu kämpfen hat. Das ist eine staunenswert günstige Leistung. Die Bergarbeiter sind heute nicht mehr so kräftig und erfahren wie in der Friedenszeit, die Heizer sind nicht so geübt wie früher und verfeuern die Kohle nicht so sparsam. Auch die Heizvorrichtungen sind nicht mehr so instand wie im Frieden. Schließlich haben riesige Verschleibungen in der Kohlenqualität stattgefunden, da die englische Kohle ganz weggefallen ist. Das bedingt eine schlechtere Ausnutzung. Infolgedessen bedeutet die Zahl der Förderung nicht daselbe wie in Friedenszeiten. Im großen und ganzen hat die Erzeugung bis ins Frühjahr hinein dem Bedarf genügt. Die Schwierigkeiten im Winter lagen in erster Linie an den Transportverhältnissen. Die Erschwerung des Transportes hatte zur Folge, daß ein erheblicher Teil der Kohlen auf die Halde gelegt werden mußte und daß Feiertschichten eingeschoben werden mußten. Die Kohlenreserven, mit denen wir in den Winter hineingegangen sind, sind aufgebraucht worden und konnten noch nicht wieder aufgefüllt werden. Heute spielen die Verkehrsfragen nur eine bescheidene Rolle. Die Eisenbahnen können mehr Wagen zur Verfügung stellen, als Kohlen gefördert werden können. Jetzt ist im Durchschnitt der Bedarf größer als das, was gefördert werden kann. Das ist in erster Linie auf die enorme Ausdehnung der Rüstungsindustrie im Laufe des letzten Winters zurückzuführen. Es muß und wird dafür gesorgt werden, daß Förderung und Verbrauch ausgeglichen werden und daß außerdem ein genügender Spielraum für ausreichende Reserven für die Industrie, für den

Hausbrand und vor allem für die Eisenbahnen bleibt. Der Hausgleich kann und muß für die weitere Förderungssteigerung und Verbrauchseinschränkungen geschehen. Die Steigerung der Förderung ist eine Frage der Arbeitskräfte, es muß also entsprechend disponiert werden. Es ist auch eine Frage der Kriegführung, denn ohne Kohle keine Munition. Durch die zu treffenden Maßnahmen steht eine weitere ansehnliche Steigerung der Produktion in Aussicht, vorausgesetzt, daß Streiks unterbleiben. Größere Streiks in den Kohlenbezirken können alle Rechnungen über den Haufen werfen. Der kleine Mann in den großen Städten wird dann schließlich keine Kohle haben, weil der Arbeiter im Bergrevier streikt. Das sollten sich die streikenden Arbeiter vor Augen halten. Sie gefährden auch die Verteidigung des Vaterlandes. Es muß das Menschenmögliche geschehen, um Streikbewegungen in dieser für unser Schicksal so wichtigen Zeit, wo sie bestehen, einem möglichst baldigen Ende zuzuführen. Die Verbrauchseinschränkungen lassen sich nicht mechanisch auf einen gewissen Prozentsatz anordnen. Nicht überall kann gespart werden, so nicht bei den Eisenbahnen und beim Hausbrand. Eine ausreichende Belieferung des Hausbrandes wird unter allen Umständen sichergestellt. Die Verteilung liegt in den Händen eines Kohlenkommissars, dem ein Beirat zur Seite steht. Die Unterverteilung soll den Gemeinden überwiesen werden, denen man gegenüber den Kohlenhamstern ein Enteignungsrecht geben wird.

Die Mietssteigerungen.

Nun zu den Mietssteigerungen. Die Mieter sind vielfach in einer außerordentlich schwierigen Lage. Die Mietssteigerungen haben lebhafteste Beunruhigung hervorgerufen. Aber die Lage der Hausbesitzer ist vielfach erst recht schwierig. Sie sind in Wirklichkeit häufig nur schwer belastete, dem Untergang nahe stehende Hypothekenschuldner. Maßnahmen zur Vinderung der Not der Mieter, soweit sie Kriegsteilnehmer sind, sind das Verbot, sie zur Räumung der Wohnungen zu zwingen, sowie die Mietsunterstützungen. Erhöhen die Vermieter die Miete, so können die Gemeinden ihnen die Mietsunterstützungen entziehen und dadurch einen Druck auf sie ausüben. Die Mietseinerungsämter haben vielfach zugunsten der Mieter gewirkt. Die Vermieter geraten vor allem in Schwierigkeiten dadurch, daß entweder die Hypotheken fällig werden oder sie die Hypothekenzinsen nicht bezahlen können. In beiden Fällen können ihnen die Gerichte Schutzristen einräumen. Zahlungsunfähige Hausbesitzer können die Einrichtung einer Grundpfandsaufsicht beantragen. Weitere Maßnahmen stehen in Aussicht. Unter diesen Umständen kann ein unbedingtes wahlloses Verbot der Steigerung von Mieten nicht erlassen werden. Das würde einen großen Teil des Hausbesitzes einfach ruinieren und damit auch die Interessen der Mieter empfindlich schädigen. Es können nur die Interessen der Hausbesitzer und der Mieter nach billigem Ermessen ausgeglichen werden. In der Antwort auf die Anfrage des Abg. Göhre wurde schon darauf hingewiesen, daß selbstverständlich gegen einen Mietswucher alle uns zur Verfügung stehenden Mittel angewendet würden. Ich hoffe, daß es möglich sein wird, in den allernächsten Tagen dem Bundesrat Vorschläge zu machen, die den von mir ausgeführten Gesichtspunkten entsprechen. Die Erwägungen sind noch im Fluß. Sie dürfen überzeugt sein, daß bei der geplanten Regelung die Interessen der Familien, insbesondere der Familien von Kriegsteilnehmern mit Kleinwohnungen, eine ganz besondere Berücksichtigung finden werden. Diesen Gesichtspunkt hat auch der Zentralverband der Hausbesitzer selbst in seinem Rundschreiben hervorgehoben.

Ich habe meinen sachlichen Ausführungen noch persönlich folgendes hinzuzufügen: Der Abg. Hoch hat an mich wiederholt die Apostrophe gerichtet: „Geben Sie schon Herrn Rindorf gefragt?“ Eine solche Frage empfinde ich als eine Kränkung, die ich zurückweisen muß. Es könnte dadurch der Eindruck erweckt werden, als ob wir uns von Privatinteressen irgendwelcher Art bei der Regelung solcher Fragen beeinflussen lassen. Herr Hoch, der mich hier schon seit zwei Jahren kennt, sollte doch wissen, daß ich nicht der Mann bin, irgendwelchen privat-egoistischen Einflüssen Raum zu geben. Private Einflüsse zählen nicht. Private Sachkenntnis machen wir uns zu Nutze, aber wir tun das beste für das allgemeine Wohl. (Beifall.)

Die Obst- und Gemüsepreise. — Keine Beschlagnahme.

Präsident des Kriegsernährungsamts von Batocki: Im vorigen Jahr hatten wir eine gute Obst- und Gemüseernte. Trotzdem es zu riesigen Preissteigerungen, zur Entblößung der Märkte, so daß wir mit allen Mitteln eingreifen mußten. Auf militärischen Wunsch wurde zur Beschlagnahme von Äpfeln, Zwetschen und Pfäumen geschritten. Dadurch ist erreicht worden, daß das Heer genügend Marmelade erhielt. Aber sonst ist eine Menge von Mißmut entstanden. Auch die Einführung der Höchstpreise, bei denen auf Anraten der Sachverständigen zwischen Wirtschafts- und Tafelobst unterschieden wurde, war ein Mißerfolg. Die Marmelade wurde zunächst durch Mohrrüben gestreckt. Da sie aber nicht ausreichte, wurde zur Kohlrübe gegriffen. Es ist nicht so gegangen, wie es die Sachverständigen gemeint hatten. Sämtliche Mengen haben auch ihre Abnehmer gefunden. Allerdings hat die gestreckte Marmelade einen großen Genuß nicht bereitet. Für dieses Jahr war die Hauptsache eine Steigerung der Produktion und die Erzielung angemessener Preise. Wir haben Kunstdünger verteilt für die Obstzucht und Samen beschafft. Der inländische Samen war mißlungen. Aus dem Auslande war

kommen nur schwer zu beschaffen. In einer Provinz ist der Gemüseanbau um das Fünffache des Friedensstandes gesteigert worden, in anderen ist die Steigerung nicht so außerordentlich. Wir haben 17 500 Verträge für Frühgemüse und 45 500 Verträge für Herbstgemüse abgeschlossen. Sie umfassen zusammen 360 000 Morgen. Bei einer guten oder mittleren Ernte hätte das nach den Schätzungen der Sachverständigen insgesamt 35,8 Millionen Zentner oder fast einen Zentner auf den Kopf der groß- und mittelstädtischen Bevölkerung ergeben. Die Hoffnungen bezüglich der Frühgemüseernte sind enttäuscht worden. Jetzt kommt der ersehnte Regen. Für das Herbstgemüse kann es noch besser werden. Nach gewissenhafter Prüfung haben wir die Frage, ob irgendeine Beschlagnahme möglich ist, verneint. Alle Sachverständigen haben einer Beschlagnahme mindestens des Sommergemüses schärflich widerraten, weil große Mengen verderben müssen, wenn man das Privatinteresse des Händlers ausschaltet. Die Höchstpreise bedingen eigentlich eine öffentliche Bewirtschaftung. Sie sind aber in der öffentlichen Bewirtschaftung nicht zu vermeiden, wenn wir nicht zu völlig unerträglichen Preisen kommen wollen. Wie im vorigen Jahre die Gans, so haben wir jetzt die Melone freigelassen, um schon sehen zu können für 50 und 60 M. ausgestellt. Bei dem anderen Frühgemüse geht das nicht an. Wir müssen also das Höchstpreissystem durchführen. Die Schwierigkeiten liegen in den Mißverhältnissen zwischen Angebot und Nachfrage. Weil die Spargelernte gut war, blieben die Preise sogar unter dem Höchstpreis. Die Marmeladenfabriken sind mit Frühobst absichtlich sehr kurz gehalten, um den Kleinverbrauch nicht zu schädigen. Der Kampf gegen den Ernährungsmittelschwindel ist vor allem Sache der örtlichen Behörden. Gegen die Schieber und Betrüger ist nur sehr schwer vorzugehen. Die Selbstkontrolle der Marmeladenfabriken ist durch die behördliche Kontrolle gegeben worden. Hauptsächlich trägt das auch dazu bei, daß die Qualität in mancher Beziehung besser wird. Wenn sich einmal ein junger Beamter gegenüber einem verdienten Marmeladenfabrikanten im Ton vergriffen hat, so bedaure ich das sehr, aber die Interessenten stellen oft solche Anforderungen an einen, daß es wirklich schwierig ist, höflich zu bleiben. Ich kann das nicht einmal für mich selbst versprechen. (Beifall.)

Die Ernte-Aussichten.

Die jetzigen Schwierigkeiten mit Frühgemüse sind aber nur zeitlich. Ich kann im vollen Bewußtsein meiner Verantwortlichkeit erklären, daß wir nach menschlichem Ermessen einer Brotgetreideernte entgegengehen, die so gut ist wie die vom Jahre 1915. Auch die Kartoffelernte wird sicher besser werden wie die von 1918. Damit sind die beiden Hauptgrundlagen unserer Ernährung gesichert. Auch unser Viehbestand hat sich trotz der starken Abgabe vermehrt. Wir können also sicher sein, daß wir auskommen werden. (Beifall.)

Auf Antrag des Abg. Scheidemann (Soz.) wird die Besprechung der Interpellation geschlossen.

Abg. Giesberts (Str.): Ich kann den Eindruck nicht los werden, daß in den Kreisen der ländlichen Bevölkerung die Ernährungsschwierigkeiten in den Städten noch nicht in ihrer vollen Tragweite erkannt werden. Die elende Preistreiberei und Schiebererei auf dem Gemüsemarkt ist eine der schlimmsten Produkte unserer Preispolitik. Für solche Schieber würde ich sogar die Prügelstrafe für angebracht halten.

Besonders schlimm liegen die Verhältnisse im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Wenn wir die im Vorjahre mit den Kartoffeln gemachten traurigen Erfahrungen uns ersparen wollen, dann dürfen die Kartoffeln erst dann verhandelt werden, wenn sie wirklich transportfähig sind. Der Mangel an Äckern hat mannigfache Ursachen. Die Freigabe von Bergarbeitern seitens der Heeresverwaltung sollte erleichtert werden. Den Wünschen der Arbeiter hinsichtlich ihrer Ernährung und Entlohnung sollte mehr Rechnung getragen werden im Interesse einer Produktionssteigerung im Kohlenbergbau. Ich schreibe nicht vor dem Gedanken zurück, daß unter Umständen auch Frauen für leichte Armerungsarbeiten ins Feld gehen können, um dafür mehr Bergarbeiter für die Kohlenproduktion frei zu machen.

Ein Vertagungsantrag wird angenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 11. Juli, nachmittags 3 Uhr: Bericht des Ausschusses über Fragen der inneren und äußeren Politik, Kreditvorlage.